Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG);
Corona-Pandemie: Allgemeinverfügung zur Änderung
der Allgemeinverfügung vom 24.03.2020 über die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für die Durchführung von Bestattungen im Landkreis Augsburg

Das Landratsamt Augsburg erlässt folgende

**Allgemeinverfügung:**

1. Die Allgemeinverfügung des Landratsamtes Augsburg über die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung für die Durchführung von Bestattungen im Landkreis Augsburg vom 24. März 2020, Az. 4-5304-03, wird wie folgt geändert:

   1.1 In Nr. 2 wird im ersten Satz das Wort „Bestattungen“ durch das Wort „Erdbestattungen“ ersetzt.

   1.2 Die Ziffer 2.2 wird durch folgenden Satz ersetzt:
   „Die Teilnehmerzahl beträgt exklusive der Bestattungsmitarbeiter und ggf. des Geistlichen oder eines Vertreter der Glaubensgemeinschaft möglichst höchstens 10, maximal jedoch 15 Personen."

   1.3 Die Ziffern 2.7 und 2.8 werden durch folgenden Satz ersetzt:
   „Trauerfeiern in geschlossenen Räumen sind unzulässig.“
2. Auf die Strafbarkeit einer Zuwiderhandlung gegen die Anordnungen in Nrn. 1 und 2 wird hingewiesen (§ 75 Abs. 1 Nr. 1 IfSG).

3. Diese Allgemeinverfügung ist kraft Gesetzes sofort vollziehbar.


5. Diese Allgemeinverfügung gilt gemäß Art. 41 Abs. 4 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes am 30.03.2020 als bekannt gegeben durch die Veröffentlichung im Internet (www.landkreis-augsburg.de), Presse und durch Aushang im Schaukasten im Verwaltungsgebäude des Landratsamtes Augsburg, Prinzregentenplatz 4, 86150 Augsburg. Ebenso erfolgt die Veröffentlichung im Amtsblatt des Landratsamtes Augsburg. Die Allgemeinverfügung und ihre Begründung können auch im Geschäftsbereich 4 (Soziales Senioren und Gesundheit), Dienstgebäude Prinzregentenplatz 4, 86150 Augsburg, Raum 029, nach vorheriger Terminvereinbarung eingesehen werden.

**Begründung:**

1.


Mit Schreiben vom 26.03.2020 wurde durch das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege eine aktualisierte Information zur Durchführung von Bestattungen während der Corona-Pandemie übermittelt. Aufgrund dieses Schreibens war die Allgemeinverfügung des Landratsamtes Augsburg vom 24.03.2020 entsprechend anzupassen.
Das Landratsamt Augsburg ist für den Erlass dieser Allgemeinverfügung sachlich und örtlich zuständig (§ 54 IfSG i. V. m. § 65 Satz 1 der Zuständigkeitsverordnung zum IfSG, § 28 Abs. 1 IfSG und Art. 3 Abs. 1 Nr. 4 BayVwVfG).

Zu Ziffer 1:


Die Anpassung der Allgemeinverfügung des Landratsamtes Augsburg vom 24.03.2020 an das aktualisierte Rundschriften des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege vom 26.03.2020 war erforderlich, da einzelne Bedingungen für die Durchführung von Bestattungen im engsten Familienkreis geändert wurden. Insbesondere wurde die Durchführung von Trauerfeiern in geschlossenen Räumen nun als unzulässig eingestuft. Die Allgemeinverfügung musste daher in Ziffer 2.7 und 2.8 geändert werden. Zudem erfolgte im ersten Satz von Ziffer 2 die Klarstellung, dass nur Erdbestattungen derzeit durchgeführt werden dürfen, wenn die vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege genannten Schutzmaßnahmen eingehalten werden. Urnenbestattungen sind bis auf weiteres zu verschieben.

bremsen. Mildere Mittel stehen daher nicht zur Verfügung. Die Schutzmaßnahmen sind schließ-
lich auch angemessen, weil der Gesundheitssicherheit der Bevölkerung Rechnung getragen wird. Mögliche Interessen von Privatpersonen müssen insoweit hinter den Interessen der Allgemein-
heit an einem umfassenden Schutz der Rechtsgüter Leben und Gesundheit zurücktreten. Eingriffe in möglicherweise betroffene Grundrechte (insbesondere Freiheit der Person, Art. 2 Abs. 2 Satz 2
GG, Versammlungsfreiheit, Art. 8 GG, Unverletzlichkeit der Wohnung, Art. 13 Abs. 1 GG) sind an-
gesichts der welt-, bundes- und landesweiten rasanten Ausbreitung damit gerechtfertigt.

Zu Ziffer 2:

Der Hinweis bzgl. einer Strafbarkeit ergibt sich aus § 75 Abs. 1 Nr. 1 IfSG. Danach sind Zuwider-
handlungen gegen eine vollziehbare Anordnung nach § 28 Abs. 1 Satz 2 IfSG strafbar.

Zu Ziffer 3:

Diese Allgemeinverfügung ist gemäß § 28 Abs. 3 i. V. m. § 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar.

Zu Ziffer 4:

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht Augsburg
Postfachanschrift: Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg,
Hausanschrift: Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

schriftlich, zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form erhoben werden.


Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:


Ⅲ Kraft Bundesrecht wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Ⅲ Gemäß § 28 Abs. 3 in Verbindung mit § 16 Abs. IfSG haben Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die vorgenannten Maßnahmen keine aufschiebende Wirkung.

gez.

Martin Sailer
Landrat